

Budget 2011 Grundsatzdebatte

Eintretensvotum/Fraktionserklärung SVPplus 16.9.2010
Robert Meyer, SD

Die Fraktion SVPplus hat sich auch dieses Jahr eingehend mit dem Budget befasst, da wir dies für eine Kernaufgabe des Parlaments halten. Zuerst möchten wir den in der Verwaltung mit dem Budgetierungsprozess befassten Leuten unsere Anerkennung für die grosse Arbeit aussprechen, die hinter diesem Zahlenwerk stecken.

Lassen Sie mich vorausschicken: wenn von unserer Seite auch dieses Jahr Kürzungsanträge eingereicht werden, machen wir dies nicht aus „Sparhysterie“ oder aus generellem Misstrauen gegen die Stadtverwaltung. Auch für unsere Fraktion ist klar, dass es viele zwingend von öffentlicher Hand wahr zu nehmende Aufgaben gibt, die auch vernünftig finanziell ausgestattet sein sollen. Auch unsere Fraktion anerkennt die Arbeit der meisten städtischen Angestellten. Es ist jedoch eine nicht nur in Bern, sondern weltweit festzustellende Tendenz von jeder öffentlichen Hand, sprich „Bürokratie“, dass sie sich oft von alleine vergrössert, sich selbst neue Aufgaben sucht und ihren Personalbestand schleichend zu erhöht. Als extreme Beispiele für diese Verselbständigung der Bürokratie mögen die ehemalige Sowjetunion oder das heutige Griechenland dienen. Wo nicht eigenes Geld, sondern Steuergeld eingesetzt wird, gibt es die stetige Tendenz zur Ausweitung der Staatstätigkeit. Wir halten es deshalb für nötig, jedes Jahr dieser Tendenz entgegenzutreten.

Dennoch will ich nicht nur das Negative sehen: Durch die Steuerausfälle infolge der kantonal beschlossenen Steuerrevision, die bei den natürlichen Personen ca, 4,5 bis 5 Mio. weniger Steuereinnahmen bewirkt, sowie dem konjunkturbedingten starken Rückgang der Steuern der juristischen Personen, war ein starker Spardruck da; und ich muss anerkennen, dass diese Sparübung im Umfang von ca. 25 Mio durchgezogen wurde; und dass dabei auch linksgrüne „Hätschelkinder“ wie die Anzahl KITA-Plätze nicht vollends geschont wurden.

Unsere Kürzungsanträge wollen gezielt und sinnvoll kürzen. Dabei liessen wir uns von folgenden 3 Grundsätzen leiten:

- 1) Dort wo eine schleichende Umschichtung von Geldern Jahr für Jahr stattfindet, z.B. weg von der öffentlichen Sicherheit und hin zum Sozialwesen und zur Kultur, wollen wir Gegensteuer geben. Wir machen dies nicht aus „Kultur-Feindlichkeit“, sondern wollen dem Überborden der Subvention der Kultur Einhalt gebieten.
- 2) Bei allen städtischen Tätigkeiten ist stets wieder zu hinterfragen, ob dies überhaupt eine zwingend von der öffentlichen Hand wahr zu nehmende Aufgabe ist. Statt mühsam bei einzelnen Posten zu kürzen und dann nötige öffentliche Aufgaben nur mit Mühe erfüllen zu können, ist es sinnvoller auf gewisse Aufgaben gleich ganz zu verzichten.
- 3) Es gibt in dieser Stadt Institutionen und Projekte, die nicht nur keinen erkennbaren Nutzen bringen wie z. B. „PINTO“ , sondern auch solche, die sogar Schaden anrichten. Wir denken da vor allem an das Kompetenzzentrum Integration und an das das Gleichstellungsbüro. Ich habe mir im Internet angeschaut, was diese Stellen produzieren. Es ist schlimm, auf welch antiliberalen Volksumerziehungsgeist sie hier stossen. Solche Institutionen dienen nicht dem Bürger, sondern wollen ihn mittels Kreisscheiben und Veranstaltungen

...

umerziehen. Sie sind antiliberal und gehören abgeschafft. Wir wollen staatliche Stellen, die sich als Service-Leister am Bürger verstehen, und nicht staatlich bezahlte Büros zur Verbreitung bestimmter fragwürdiger Ideologien. Die Lokale Agenda 21 ist eine von höherer Ebene initiierte Sache, wo sich Gutmenschen vor allem zu Apéros treffen.

Im weitem möchte ich etwas zur Gewichtung der Ausgaben auf die einzelnen Direktionen, bzw. deren Entwicklung sagen:

Uns fällt auf, dass auch dieses Jahr (wie fast jedes Jahr) vor allem zwei Direktionen wieder deutlich zulegen: die Präsidialdirektion (die nota bene schon fast das halbe Budget beansprucht) und die Direktion BSS. Ist es ein Zufall, dass dies auch zwei von SP-Vertretern geführte Direktionen sind? Und der arme Sicherheitsdirektor, der arme Reto Nause, bleibt budgetmässig auf seinen bescheidenen knapp 17 Mio CHF sitzen. Vermutlich ist er in der falschen Partei. Spass beiseite, auch wenn die Steigerungsraten pro Jahr nicht dramatisch sind, läppert sich das, wenn man es jedes Jahr so macht, zu einer grundlegenden Verschiebung der Ausgabenpolitik zusammen. Philipp Müller hat bei der Debatte um die Sicherheitsinitiative dies schön aufgezeigt, wie z. B. die öffentliche Sicherheit so über die Jahrzehnte enorm auf Kosten des Sozialwesens finanziell verlor.

Ein Wort zu den Erhöhungsanträgen: Es ist mir unverständlich, wie die links-grüne Ratsseite kurzsichtig nicht einen einzigen Kürzungsantrag, jedoch einige Erhöhungsanträge stellt. Hat eine SP als grösste Stadtratsfraktion und als bestimmende Kraft in der Regierung denn nicht auch eine Verantwortung für gesunde Finanzen wahr zu nehmen? Im Einzelnen zielen die SP-Anträge beim Schulamt (+ 50'000), beim Gesundheitsdienst (+ 150'000) und beim Jugendamt (+500'000) auf eine zusätzliche Alimentierung ihrer ohnehin schon gut ausgestatteter Steckenpferde Schulsozialarbeit, wo man jetzt Probleme mit Geld in Griff zu kriegen versucht, die man selbst durch die gleichmacherische Schulideologie verursacht hat.

Der Antrag GB/JA zur Rückstellung von 1,4 Mio für einen allfälligen Teuerungsausgleich ist unrealistisch. Er kommt einer Sicherungsaktion für die eigene Klientel gleich, wo in Zeiten mit düsterem Ausblick noch etwas auf die Seite gelegt werden soll, solange es noch da ist.

Lassen Sie mich etwas näher auf die m. E. zwei wichtigsten Zahlen des Budgets eingehen:

Die Gesamt- Aufwand- und Ertragssumme beträgt CHF 999'985'000. Lassen Sie sich diese Zahl auf der Zunge zergehen, dann merken Sie wohl selbst etwas. Als Buchhalter, der auch mit Budgets zu tun hat, kann ich Ihnen sagen, dass so eine Zahl praktisch nie zufällig zustande kommt. Wohlverstanden, dass man es geschafft hat, unter einer Milliarde zu bleiben, ist ja zu begrüßen. Dennoch: Hätte man seriös die Einnahmen geschätzt und dann entsprechende an den Ausgaben gekürzt, wären wir wohl z. B. bei 982 Mio oder 995 Mio gelandet, aber kaum „per Zufall“ bei ganz knapp einer Milliarde. Das Vorgehen war wohl deshalb ein anderes: aus politischen Gründen und um in der Volksabstimmung gut dazustehen, wollte man unbedingt unter einer Milliarde bleiben. Dann ging's ans Sparen, aber mehr als auf knapp unter die Milliarde wollte man dann doch nicht sparen. Da drängt sich halt zwangsläufig der Verdacht auf, dass am einen oder andern Einnahmenposten etwas „hochgeschraubt“ wurde.

...

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf zwei Punkte hinweisen, welche die längerfristige Perspektive betreffen:

Wie Sie wissen, wurde die infolge des Bilanzfehlbetrages zwingende Ausgeglichenheit des Budgets nur deshalb erreicht, indem die Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag auf CHF 12,5 Mio. halbiert wurde. Dies verschiebt das vollständige Abtragen in die Zukunft. Diesen politischen Entscheid des Gemeinderates halten wir für kurzsichtig und falsch, wenn den Blick auf die nächsten Jahre ausweitet. Man lebt von der Hand in den Mund und präsentiert für 2011 ein scheinbar vernünftig aussehendes Budget, will sich aber um die die Situation ab 2012 offenbar erst später Gedanken machen. Wo bleibt die Maxime „Gouverner c'est prévoir“?

Der grosse Sonderfaktor ist die ausserord. Gewinnausschüttung der ewb, die im Jahr 2011 zum letzten Male im Betrag von 25 Mio. CHF stattfinden wird. Grosse Frage: was geschieht dann ab 2012? Da muss dann wohl noch ganz anders gespart werden. Man hätte damit ja auch gleich 2011 anfangen können.

Die Fraktion SVPplus stellt dieses Jahr weniger Kürzungsanträge als auch schon. Es sind gezielte und überlegte Anträge; wir bitten Sie, diesen zuzustimmen. Wir werden auch den Rückweisungsantrag der FDP unterstützen. Die für uns kritischen Punkte habe ich ausgeführt, sie werden bei den Einzelanträgen noch detailliert begründet. Danke.